

Emden

30. Januar 2015

„Die Wohnungen im Umland sind günstiger“

Debatte Die Grünen und das Emdener Bündnis „Besser wohnen“ luden zur Podiumsdiskussion

VON WERNER ZWARTE

Das Thema des Abends lautete „Wege zu einer sozialverträglichen Miete“. 60 Teilnehmer kamen ins Pelzerhaus.

Emden - Zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema „Wege zu einer sozialverträglichen Miete“ am Mittwochabend im Pelzerhaus in Emden hatten die Partei Bündnis 90/Die Grünen und das Emdener Bündnis „Besser wohnen“ eingeladen. Auf dem Podium saßen Emdens Stadtplaner Lars Kolk, Olaf Neumann von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Gewoba, der wohnungspolitische Sprecher der Grünenlandtagsfraktion Thomas Schremmer sowie die Architektin Luise Fauerbach-Geiken und der Bauunternehmer Josef Terhalle. Moderiert wurde die Veranstaltung von Professor Dr. Carsten Müller von der Fachhochschule Emden-Leer.

Die Veranstaltung stieß auf reges Interesse: Gut 60 Teilnehmer kamen in den Veranstaltungssaal des Pelzerhauses, es mussten noch Stühle dazugestellt werden. Schlagworte wie „Wohnraumsituation“ und „Wohnungsmarktanalyse“ bildeten den Einstieg in die äußerst rege Diskussion, deren Kernpunkt es war, dass das Soziale Wohnen auf dem Emdener Wohnmarkt etwa 20 Prozent ausmacht.

Von vornherein wurde festgehalten, dass das neue Planungsgebiet im Stadtteil Conrebbersweg mit etwa 500 Grundstücken nicht zum „Sozialen Wohnen“ gehören werde. Diskutiert wurden die Möglichkeiten der Landesförderung, die allerdings aufgrund des niedrigen Mietniveaus in Emden wenig Aussicht auf Erfolg boten. Zudem müsse die demografische Entwicklung in Emden berücksichtigt werden.

Durch die Veränderung der Wohnraumsituation sei trotz rückgängiger Einwohnerzahlen bis zum Jahr 2030 ein Mehrbedarf von 1000 neuen Wohneinheiten für anteilig Zwei- und Einpersonenhaushalte erforderlich. Probleme bei der Schaffung dieser neuen Wohneinheiten seien im Stadtentwicklungskonzept die energetische Instandsetzung alten Wohnraumes mit einer größeren Quadratmeterzahl pro Kopf unter barrierefreien Wohnaspekten.

In der aktuellen Niedriglohnsituation sei die Faustregel „Ein Drittel des Einkommens für Wohnmiete“ nicht zu halten, da neben der Miete noch etliche Kosten wie Heizung, Gas, Wasser, Strom, Versicherungen und mehr die Miete deutlich erhöhten, so dass das Argument von vier bis fünf Euro pro Wohnquadratmeter nicht wirklich gültig sei.

Angeregt wurde eine Kooperation mit den Nachbarkommunen, weil Wohnraum im Umland günstiger sei und man versuchen sollte, Abwanderungen möglichst zu vermeiden. Ganzheitliche Wohnungspolitik, Innen- und Außenperspektiven im Gesellschaftsbereich waren weitere Diskussionspunkte dieses Abends.